



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

43. Sitzung (öffentlich)

7. November 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:25 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Josef Wilp (CDU) (Stellv.)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Der Ausschuss beschließt einstimmig und ohne Enthaltungen die Durchführung einer Aktuellen Viertelstunde zu dem Thema „Stand der Umsetzung der Kommunalisierung der Umweltverwaltung“.

1 Aktuelle Viertelstunde 6

Stand der Umsetzung der Kommunalisierung der Umweltverwaltung – Vorgriff auf Personalmaßnahmen?

– Bericht von PStS Manfred Palmen (IM) 6

– Diskussion 6

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2008) 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4602

Vorlage 14/1233
Stellungnahmen 14/1510 und 14/1530
Ausschussprotokoll 14/511

- Bericht des Innenministers zum aktuellen Stand der Kassenkredite, aufgeschlüsselt nach Nothaushaltskommunen, Haushaltssicherungskommunen und Kommunen, die bereits NKF eingeführt haben

Vorlage 14/1413

- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Kassenkredite 8
- Generaldebatte 8

Nach dem Austausch der Standpunkte zum GFG nimmt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/4602, zu dem kein Änderungsantrag vorgelegen hat, an.

Als Berichterstatter wird Willi Körfges (SPD) benannt.

3 Ausgestaltung der kommunalaufsichtlichen Auflagen für Kommunen mit Nothaushalten, bezogen auf die Anhebung von Elternbeiträgen nach dem Kinderbildungsgesetz NRW 13

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage 14/1413

- Aussprache 13

4 Stand der Pläne der Bundesregierung, die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen von Hartz IV abzusenkern, die finanziellen Folgen der Kommunen in NRW sowie die geplanten Handlungsschritte der Landesregierung in dieser Frage 16

auf Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage 14/1413

– Bericht des Innenministeriums

Der Ausschuss verzichtet auf einen mündlichen Bericht des federführenden Ministeriums für Arbeit, Gesund und Soziales.

– Diskussion

16

5 „Älter werden – aktiv bleiben“ – Potentiale älterer Menschen erkennen und aktivieren 20

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4243

Ohne Aussprache kommt der Ausschuss auf Vorschlag der CDU-Fraktion überein, zu dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 14/4243 kein Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration abzugeben.

6 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag von Willi Körfges (SPD) überein, zu dem Antrag kein Votum an den federführenden Hauptausschuss abzugeben, da dieser ein Expertengespräch beantragen und der AKV sich nachrichtlich daran beteiligen will.

**7 Auswirkungen des Urteils des Verwaltungsgerichts Düsseldorf im
Fall des Neusser Bürgermeisters gegen die Stadt Neuss 22**

Antrag
der SPD-Fraktion

– Bericht des Innenministers

– Bericht von MDgt Johannes Winkel (IM) 22

– Aussprache 22

Der Ausschuss geht davon aus, dass das Innenministerium zu dem Thema erneut berichtet, sobald eine Entscheidung vorliegt.

* * *